

„Wir brauchen schnelle Anschlüsse“

Die Umgehungsstraße Freiberg ist für die Befürworter des Projektes unerlässlich zur Sicherung des Standortvorteils der Bergstadt.

VON FRANZISKA PESTER

FREIBERG – Für die Vertreter des Aktionsbündnisses „Pro Ortsumgehung“ ist der Bau der Umgehungsstraße Freiberg vor allem für Wirtschaft und Handel der Region alternativlos. Am Dienstagabend trugen sie ihre Argumente etwa 300 Besuchern, sowohl Befürworter als auch Gegnern, bei einer Podiumsdiskussion vor. „Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist von unschätzbbarer Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir brauchen hier in der Region eine Ertüchtigung des Straßennetzes und eine bessere und schnellere Anbindung an die Autobahnauffahrt Siebenlehn“, sagte

Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann (CDU), die den Abend eröffnete. Holger Reuter, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes und Mitglied im Aktionsbündnis, teilt diese Ansicht. „Wir brauchen die Ortsumgehung, um den Standortvorteil Freibergs zu erhalten“, erklärte er.

Entlastung vom Verkehr

Die rund 13 Kilometer lange Trasse soll die Freiburger Innenstadt vom starken Durchgangsverkehr auf den Bundesstraßen 173 und 101 entlasten. Vor allem Lastkraftwagen und der Verkehr zwischen der Autobahnanschlussstelle Siebenlehn und dem mittleren Erzgebirge müssten die Innenstadt nach Fertigstellung der Trasse nicht mehr passieren und würden dadurch schneller vorankommen, hieß es. Das sei auch im Interesse von Händlern und Unternehmen. Wie Anke Krause, Vorsitzende des Freiburger Gewerbevereins, und Hans-Christoph Moser von der IHK Mittelsachsen deutlich machten, würden diese schon seit langem über die verstopften Straßen in Freiberg klagen. Dass auch der

Landkreis großes Interesse am Bau der Umgehung hat, machte Landrat Volker Uhlig (CDU) deutlich. „Freiberg ist der Wirtschaftsmotor des Kreises, denn die Stadt erzeugt einen wesentlichen Teil seiner Finanzkraft. Wir brauchen schnelle Anschlüsse an europäische Fernstraßen und die Autobahn, denn diese Straßen sind die Adern der Wirtschaft“, betonte.

Ralf Seifert vom Straßenbauamt Chemnitz erläuterte, wie die Belange des Umweltschutzes bei der Konzipierung berücksichtigt wurden. „Im Hospitalwald wird es einen Waldverlust von zehn Hektar geben. Das ist der größte Verlust im gesamten betroffenen Gebiet. Doch direkt am westlichen Rand des Hospitalwaldes werden wir im Gegenzug 18 Hektar aufforsten. Auch für den südlichen Teil des Stadtwaldes sind Baumpflanzungen geplant.“ Es seien zahlreiche Ausgleichs- und Schutzmaßnahmen für die Pflanzen- und Tierwelt im Zuge des Bauprojektes vorgesehen. So werde man beispielsweise eine mehr als 100 Meter lange Kollisionsschutz-

wand für Fledermäuse sowie Lärmschutzwände errichten.

„Die Planer sind meiner Meinung nach sehr weit auf die Belange des Umweltschutzes eingegangen“, so Uhlig. Dennoch sollte ein Kompromiss zwischen Befürwortern und Gegnern gefunden werden. „Ich denke auch, dass wir hier in der Region nicht die einzige Insel sind, auf der die Artenvielfalt des Planeten gerettet werden kann“, argumentierte der Landrat.

Hoffnung auf Ende 2011

Sollte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig im nächsten Jahr dem Bau der Ortsumgehung stattgeben, hofft das Aktionsbündnis, dass schon Ende 2011 der erste Spatenstich erfolgen kann. „Ich habe Vertrauen, dass das Gericht unsere Planung gut heißt“, gab sich CDU-Stadtverbandschef Reuter optimistisch. Die Argumente der Gegenseite wollte das Aktionsbündnis am Dienstagabend anscheinend nicht hören. Denn Raum für eine öffentliche Diskussion im Anschluss an die Argumente gab es nicht.